

Antrag

der Abgeordneten Jutta Krellmann, Sabine Zimmermann, Diana Golze, Matthias W. Birkwald, Dr. Martina Bunge, Heidrun Dittrich, Klaus Ernst, Katja Kipping, Cornelia Möhring, Yvonne Ploetz, Dr. Ilja Seifert, Kathrin Senger-Schäfer, Kathrin Vogler, Harald Weinberg, Jörn Wunderlich und der Fraktion DIE LINKE.

10 Euro Mindestlohn jetzt

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Niedriglohnpolitik der Bundesregierung zwingt die Gewerkschaften in endlose Abwehrkämpfe. Sie sind zunehmend damit beschäftigt, die sozialen Verwerfungen, die Resultat dieser Politik sind, über die Tarifpolitik auszubügeln, anstatt sich auf mehr Verteilungsgerechtigkeit konzentrieren zu können. Das ist die eigentliche Strategie, die hinter der Weigerung der Bundesregierung steckt, einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn einzuführen.

Die Umverteilungspolitik der Bundesregierung hat in den vergangenen Jahren zu erheblichen Einbußen für die Beschäftigten geführt. Die Lohnquote lag im Jahr 2012 um 4 Prozentpunkte unterhalb der Lohnquote des Jahres 2000. Bei einem derzeitigen Volkseinkommen von rund 2 Bio. Euro entsprechen diese vier Prozentpunkte etwa 80 Mrd. Euro, die in den Taschen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer fehlen. Die Reallöhne sind in Deutschland von 2000 bis 2012 um 1,8 Prozent gesunken.

Deutschland braucht dringend einen Paradigmenwechsel, damit die Lohnquote wieder steigt. Unabdingbar dafür ist die Einführung eines flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohns als untere Haltelinie für das Lohngefüge in Deutschland. Nur so bekommen die Beschäftigten und ihre Gewerkschaften in der Tarifpolitik wieder den Rücken frei, um ein wesentliches Ziel zu erreichen: „Umfairteilung“.

Ein gesetzlicher Mindestlohn muss mindestens 10 Euro pro Stunde betragen. Davon können alleinstehende Vollzeitbeschäftigte leben ohne ihren Lohn aufstocken zu müssen. Und erst ab dieser Höhe ist eine Rente oberhalb der Grundversicherung im Alter überhaupt möglich.

Ein Mindestlohn ist auf gesetzlichem Wege einzuführen. Bei der Ausgestaltung der konkreten Modalitäten der Einführung und bei künftigen Erhöhungen sind über einen nationalen Mindestlohnrat, ähnlich der Low Pay Commission in Großbritannien, die Tarifvertragsparteien ebenso einzubeziehen wie die Wissenschaft.

Die deutsche Niedriglohnpolitik ist extremer sozialer Sprengsatz für Europa. Deutsches Lohndumping ist Ausgangspunkt für eine europaweite Abwärts Spirale. Die Kaufkraft bricht ein und die Arbeitslosigkeit steigt in Europa auf ein Rekordniveau. Nicht zuletzt der EU-Sozialkommissar László Andor mahnte

daher am Vorabend des 1. Mai 2013 zu Recht: „Angesichts der hohen Exportüberschüsse ist es überhaupt nicht zu rechtfertigen, dass die Deutschen diesen Lohnwettbewerb beibehalten. [...] Die Kommission rät Deutschland, die heimische Nachfrage durch höhere Löhne anzuregen und auf breiter Basis Mindestlöhne einzuführen.“ (Süddeutsche Zeitung, 30. April 2013).

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

unverzüglich einen Gesetzentwurf vorzulegen, der die Einführung eines flächendeckenden Mindestlohns in Höhe von 10 Euro pro Stunde als Untergrenze für alle Entgelte von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in Deutschland und die Einrichtung eines nationalen Mindestlohnrates beinhaltet.

Berlin, den 15. Mai 2013

Dr. Gregor Gysi und Fraktion